



Foto: Angie Ehinger

So manches ändert sich, nicht alles ist erfreulich!

KOALITIONSVERTRAG, NEUE REGIERUNG UND SCHICKSALSSCHLAG FÜR DIE BAYERISCHE KAMERA- DENVEREINIGUNG

Ein Vertrag soll die Zusammenarbeit der Ampel-Regierung regeln

Der Koalitionsvertrag zog eine Menge Kritik auf sich. FDP, Grüne und SPD servierten Konservativen insbesondere mit Blick auf deren Pläne in der Gesellschaftspolitik, bei Fragen von Migration und Integration schwer verdauliche Kost. Nur ein Beispiel: Die Möglichkeit, mit einer Versicherung an Eides statt die Identität von Zuwanderern klären zu können, öffne „Straftätern und Identitätsverweigerern Tür und Tor“. So beispielsweise CSU-MdB Michael Frieser in den Nürnberger Nachrichten vom 29. November 2021.

Auch Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik werden stiefmütterlich behandelt. Allerdings mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen. Das nach eigenem

Bekunden *mehr Fortschritt wagende* und selbst ernannte *Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit* der Ampel-Parteien setzt im Koalitionsvertrag denn auch positive Akzente. Im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik gehört dazu die wiederholte Betonung des Ziels einer *strategischen Souveränität der Europäischen Union*. Ein halbes Dutzend Mal taucht dieser Ausdruck auf, die *EU soll als starker Akteur in einer von Unsicherheit und Systemkonkurrenz geprägten Welt* wahrgenommen werden.

Was immer daraus werden wird, es sind neue Zeichen am europäischen Firmament. Wir erinnern uns: Der französische Präsident Emmanuel Macron forderte seit Jahren mehr eigenständige Handlungsfähigkeit. Allein US-Präsident Donald Trump gab dazu mehrfach Veranlassung. Die Kanzlerin hielt es nicht mal für nötig, Macron zu antworten und überließ es Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer, diesem eine harsche Absage zu erteilen. Wenn derzeit US-Amerikaner und Russen über die Ukraine ohne europäische Beteiligung verhandeln wird deutlich, wie weit der alte Kontinent von einer strategischen Souveränität entfernt ist. Solange sich aber die EU nicht mal in ihren Zielen einig wird, bleibt die strategische Souveränität eine Fata Morgana.

Wer hätte auch gedacht, dass mit einem grünen Regierungspartner *das transatlantische Bündnis (als) zentraler Pfeiler und die NATO (als) unverzichtbarer Teil unserer Sicherheit* bezeichnet wird. Man erinnert sich, woher die Grünen als Antikriegspartei und Friedensbewegte kommen. Aber die politische Realität hatte auch schon früher

so seine Zwänge parat, als die rot-grüne Schröder-Fischer-Regierung den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr in Ex-Jugoslawien zu verantworten hatte. Als ebenso erstaunlich darf gelten, dass die Ampel-Koalition ein Nachfolgesystem für das Kampfflugzeug Tornado beschaffen und gar den *Beschaffungs- und Zertifizierungsprozess mit Blick auf die nukleare Teilhabe Deutschlands (...)* sachlich und gewissenhaft begleiten will. Im gleichen Atemzug ist auch von nuklearer Abrüstung die Rede. Eine Beruhigungsspielle für linke Pazifisten? Immerhin hadert die SPD-Linke um den Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich bekanntlich mit der nuklearen Abschreckung. Abwarten was draus wird lautet daher die Devise.

Dem Koalitionsvertrag zufolge soll nun endlich auch der Bundeswehr die Bewaffnung von Drohnen ermöglicht werden. Dies unter *„verbindlichen und transparenten Auflagen und unter Berücksichtigung von ethischen und sicherheitspolitischen Aspekten“*. Wohltönende Begleitmusik, nachdem das BMVg bereits vor Jahren entsprechende Vorgaben erlassen hat. Kampfdrohnen gehören in das Inventar jeder Streitkraft, wie sich im Kaukasuskrieg zwischen Armenien und Aserbaidschan vor Jahresfrist gezeigt hat und aktuell im äthiopischen Bürgerkrieg zu sehen ist. Ob Kampfdrohnen für die Bundeswehr tatsächlich realisiert werden, muss sich gleichwohl erst noch zeigen: Beim SPD-Parteitag wurde entgegen den Aussagen im Koalitionsvertrag ein Beschluss gefasst, dass nochmals über die Beschaffung zu diskutieren sei. SPD halt, wie sie schon Helmut Schmidt das Regieren schwer gemacht hat. Insgesamt gibt es aber sicherheitspolitisch erfreuliche Anzeichen, die befürchtete Abkopplung der Deutschen von den NATO-Partnern steht nicht ins Haus.

Dem Koalitionsvertrag zufolge muss auch nicht mit zusätzlichen Einschränkungen für den privaten Waffenbesitz und den Schießsport gerechnet werden. Das glatte Gegenteil haben Beobachter kommen sehen. Dass zudem selbst Obergrüne den Einsatz eines Bundeswehrgenerals als Leiter des Corona-Krisenstabes beklatschen, passt irgendwie ins Bild.

Neue Bundesregierung vereidigt

Neben Kanzler Olaf Scholz durfte – völlig überraschend – auch die neue Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) auf der Regierungsbank Platz nehmen. Erneut wird damit eine Frau zur Inhaberin der Befehls- und Kommandogewalt im Frieden, die zuvor keinerlei Verbin-

derung zu Bundeswehr oder zur Sicherheitspolitik hatte. Vielleicht sollten sich die verantwortlichen politischen Entscheider darüber klar werden, dass das Bundesministerium der Verteidigung im Kern den administrativen Führungsapparat für einen Personalkörper von 260.000 Menschen darstellt (Hans-Peter Bartels). Das BMVg ist im Unterschied zu anderen nur am Rande ein Gesetzgebungsministerium. Zentrale Aufgabe ist die Führung der deutschen Streitkräfte im In- und Ausland sowie zusammen mit dem Bundeskanzleramt und dem Auswärtigen Amt die Ausgestaltung der deutschen Sicherheitspolitik. In diese komplizierte Materie soll sich anscheinend jeder politisch Begabte kurzfristig einarbeiten und aus dem Stand die deutschen Interessen in Brüssel und andernorts vertreten können. Respekt auch, was diese Herrschaften sich so alles zutrauen. Was waren das noch für Zeiten, als mit Manfred Wörner ein fliegender Stabsoffizier der Luftwaffe den heißen Stuhl besetzte.

Immerhin ist mit Siemtje Möller eine Frau zur Parlamentarischen Staatssekretärin berufen worden, die wenigstens schon mal den Verteidigungsausschuss von innen gesehen hat. Als zweiter Parlamentarischer Staatssekretär fungiert Thomas Hitschler, der in der letzten Legislatur Mitglied im parlamentarischen Kontrollgremium für die Geheimdienste war. Zur Komplettierung der neuen Führung wurde der beamtete Staatssekretär Gerd Hoofe durch Margaretha Sudhoff ersetzt, die mit der Ministerin aus dem Bundesjustizministerium in den Bendlerblock wechselte. Jedenfalls wird es seine Zeit dauern, bis sich die aus mehr oder weniger Nicht-Sachkundigen bestehenden Herrschaften eingearbeitet haben. Aber das muss die Armee, das müssen auch die Bundesbürger aushalten. Anscheinend ist dies der Art von repräsentativer Demokratie geschuldet, wie sie bei uns praktiziert wird.

Man darf gespannt sein, wann aus der neuen Leitung des Bundesministeriums der Verteidigung welche Initiativen gestartet werden. Hoffentlich wird es mehr sein als die weitere Intensivierung des Kampfes gegen rechts und die Betonung der transatlantischen Solidarität. Die Bundeswehr bedarf einer neuen Aufstellung, in etwa wie sie aus dem Eckpunktepapier vom April letzten Jahres hervorgeht. Die unüberschaubar komplexen Führungsstrukturen müssen so zurecht gestutzt werden, dass die Bundeswehr ihrem Auftrag zur Landes- und Bündnisverteidigung sowie - nach dem Afghanistan-Debakel - zu sorgfältig dosierten Auslandseinsätzen gerecht werden kann. Nicht ganz unbedeutend: In der nordatlantischen Allianz wird an einem neuen strategischen Konzept gearbeitet, das beim NATO-Gipfel im Juni dieses Jahres in Madrid verabschiedet werden soll. Es dürfte rasch zu erkennen sein, ob der im Koalitionsvertrag vorgesehene drei Prozent-Anteil am Bruttosozialpro-

dukt für Auswärtiges, Entwicklungshilfe und Verteidigung nur einen Taschenspielertrick darstellt, um sich an den der NATO zugesagten zwei Prozent für Verteidigungsausgaben vorbei zu mogeln. Nur mit Durchsetzungsvermögen, Sach- und Fachkenntnis wird es möglich sein, die politischen Prioritäten in der neuen Regierung so zu setzen, dass die militärischen Notwendigkeiten nicht zu kurz kommen.

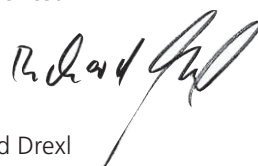
Aber im Militär ist es guter Brauch und lange gepflegte Übung, neuen Vorgesetzten möglichst unvoreingenommen gegenüber zu treten. Durch vergleichsweise kurze Stehzeiten hat die „Nöte von Neuen“ jeder schon mal mitbekommen. So wird es auch hier zu halten sein, die neue Mannschaft an der Spitze verdient Respekt und erhält eine faire Chance.

Präsident Schiener der Bayerischen Kameradenvereinigung verstorben

Es gibt immer wieder Unglücke und Todesfälle, anscheinend gehört dies zum menschlichen Dasein, wie auf der anderen Seite die Freude am Leben und die Geburt eines Kindes! Mit dem plötzlichen Tod von Hans Schiener hat die Bayerische Kameradenvereinigung ein schwerer Schicksalsschlag getroffen. Sie hat ihren langjährigen Präsidenten verloren. Seiner Familie gilt unser Beileid, als Folge einer schweren Erkrankung fehlt ihr über Nacht der Mittelpunkt. Hans Schiener hat über viele Jahre der Bayerischen Kameradenvereinigung, einer Schwesterorganisation des BSB, als Präsident vorgestanden. Bei nicht wenigen Treffen im Laufe der Zeit, wie zum Beispiel anlässlich von Tagungen des Beirates Reservistenarbeit oder bei offiziellen Veranstaltungen in München war er ein stets geschätzter Ansprechpartner und umgänglicher Kamerad. Von zurückhaltender Wesensart strahlte er natürliche Souveränität aus in der Führung seiner Organisation.

Präsident Schiener wird seiner Vereinigung schmerzlich fehlen. Sein Tod reißt über die BKV hinaus eine schwer zu schließende Lücke in den Kreis derer, die sich um das Gedenken an gefallene Kameraden, um die Militärtradition und die Bewahrung unserer Heimat kümmern. Wir trauern mit seinen Angehörigen. Der Bayerischen Kameradenvereinigung gilt unser Mitgefühl.

In Treue fest!



Richard Drexler
Oberst a.D.